



SPD

der rote Ton

Ortsverein Rheinzabern

SEP./13

Liebe Rheinzabener,

es ist wieder soweit, der „Rote Ton“, die Stimme unseres SPD-Ortsvereins, liegt Ihnen wieder vor.

Nun sind schon vier Jahre seit der letzten Bundestagswahl 2009 vergangen und die Parteien buhlen wieder um die Gunst der Wähler.

In Rheinland-Pfalz waren es 1972 noch 92,8% der Wahlberechtigten, die zur Wahl gingen, und 2009 nur noch 72%. Damit liegt Rheinland-Pfalz zwar immer noch im obersten Drittel bzgl. der Wahlbeteiligung im gesamten Bundesgebiet, aber „Wahlmüdigkeit“ und „Desinteresse“ an der Politik sind klar zu erkennen, leider.

Obwohl jeder Bürger weiß, dass die „Wahlversprechen“ vor der Wahl nicht immer als Taten und Beschlüsse nach der Wahl umgesetzt werden, sehe ich keinen Grund, nicht zur Wahl zu gehen.

Wir Bürgerinnen und Bürger haben auch nach der Wahl, in der „Regierungszeit“, noch die Möglichkeit die „Politiker da oben“ an ihre Wahlversprechen zu erinnern und notfalls unsere „Stimme und unseren Unmut auf die Straße“ zu tragen. Auch das ist politisches Engagement.

Den Politikern aber durch die Nichtteilnahme an der Wahl die „kalte Schulter“ zu zeigen, ist das schlechteste, was wir wählen können, denn nur eine „hohe“ Wahlbeteiligung lässt die konkurrierenden Parteien und Kandidaten erkennen, was des Bürgers Wille ist.

Entscheidungen müssen wir tagtäglich treffen, also sollten wir auch unsere Entscheidung auf der politischen Ebene äußern.

Ich bitte alle, nein, ich fordere alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Stimme am Wahltag abzugeben.

Sie haben bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 22.09.2013 die Möglichkeit, Ihren politischen Willen, natürlich geheim, zu äußern, versäumen Sie das nicht.

Was ich wählen werde, ist wohl allen Lesern klar, auch wenn ein Wahlgeheimnis besteht.

Ihr Bernd Weber,

Vorsitzender SPD OV Rheinzabern



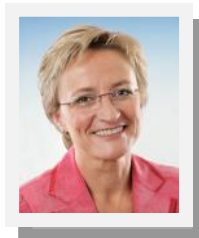
Einige Gedanken zur Bundestagswahl ...

Die Bilanz der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP:

- Milliardensteuergeschenk an die Hotellobby
- Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und wieder Rolle rückwärts
- Umstrittene Endspeicherung von Kohlenstoffdioxid unter der Erde
- Kürzung der Solarförderung auf dem Rücken des Handwerks und der sonnenreichen Südpfalz
- Entlastung der Großkonzerne von der EEG-Umlage auf Kosten der Bürger und des Mittelstands
- Einführung des Betreuungsgelds auf Kosten des Kita-Ausbaus
- Schwächung der Mieterrechte
- Verhinderung des Verbots unkonventioneller Erdgasförderung mit giftigen Chemikalien, sogenanntes „Fracking“
- Verhinderung einer Mietpreisbremse
- Verhinderung schärferer Regeln gegen Abgeordnetenbestechung

Und dafür steht die SPD:

- Aussetzung der Rente mit 67
- Flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro
- Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, von Leiharbeitern und Stammbeschafteten
- Abschaffung des Betreuungsgeldes & Ausbau der Ganztagsbetreuung an Kitas und Schulen
- Abschaffung der Zwei-Klassen-Gesellschaft bei Gesundheit und Pflege
- Stärkung des sozialen Wohnungsbaus & Einführung einer Mietpreisbremse
- Bekämpfung der Spekulation & Trennung von Investment- und Geschäftsbanken
- Konsequente & bürgerfreundliche Umsetzung der Energiewende
- Schärfere Regeln gegen Abgeordnetenbestechung
- Bekämpfung von Steuerbetrug



Am 22.9. für mehr soziale Gerechtigkeit! Am 22.9. beide Stimmen für die SPD!

Barbara Schleicher-Rothmund

Stand zweite Rheinbrücke

Der aktuelle Stand in Stichworten:

Die SPD setzt sich weiterhin für den Bau der zweiten Rheinbrücke bei Wörth ein. Anfang Juli waren die Erörterungstermine, sowohl in Rheinland-Pfalz, als auch in Baden-Württemberg. Ich habe an einem der Erörterungstermine in Karlsruhe teilgenommen. Die Lage auf der anderen Rheinseite ist ungleich schwieriger als bei uns in Rheinland-Pfalz. Mein Eindruck: die Stadt Karlsruhe und das Land Baden-Württemberg bezeichnen sich gegenseitig, ihre Hausaufgaben nicht gemacht zu haben.



Zur Einschätzung der zuständigen Gremien:

Die vorliegenden Einsprüche auf rheinland-pfälzischer Seite lassen sich abarbeiten. Auf badischer Seite gibt es schwerwiegende Einwendungen, deren Auswirkungen auf das Verfahren noch nicht abzuschätzen sind.

Ende Juli habe ich ein Gespräch mit Karlsruhes Oberbürgermeister Frank Mentrup geführt. Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hatte schon 2011 unter Führung des damaligen OB Fehnrich (CDU) beschlossen, gegen das Planfeststellungsverfahren zu klagen. Frank Mentrup ist an diesen Beschluss gebunden. Die Stadt hat bereits 2011 die vom Land vorgelegten Planungen als unzulänglich bewertet. Dies führt jetzt zu den kritischen Äußerungen von OB Mentrup. Wir sehen, es bleibt spannend. In jedem Fall: Nur gemeinsam werden wir es schaffen, den Bau der 2. Rheinbrücke voranzubringen.

Barbara Schleicher-Rothmund

Erfahrungen bei der Aufarbeitung des rechtsextremistischen NSU.

In Thüringen half ich dabei, die Fehler aufzudecken, die bei der Verfolgung des NSU gemacht worden sind. Wer sich näher interessiert, kann dies im Internet im sogenannten Schäferbericht nachlesen.

Kurz aber so viel. Der Verfassungsschutz hat einen V-Mann geradezu mit Geld zugedeckt, das dieser vor allem wieder in rechtsextremistische Organisationen gesteckt hat.



Auch die Polizei hat jämmerlich versagt. Sie hat dadurch die Flucht der drei Täter ermöglicht, weil sie die Bombenwerkstatt erst später durchsucht hat und für das Aufbrechen der Schlösser die Feuerwehr benötigte. Dilettantischer geht es nicht.

Meine weitere Aufgabe war es, als Ermittlungsbeauftragter des 2. Untersuchungsausschusses des Bundestages tätig zu sein. Auch hier wurden die Fehler aufgedeckt, die bei den Ermittlungen der Morde gemacht wurden. Ein gemeinsames Ermittlungskonzept gab es nicht. Wohltu-

end war, dass alle Parteien sich einig waren, gemeinsam die Pannen zu identifizieren und auch gemeinsame Vorschläge zu machen.

Auf den Abschlussbericht darf man gespannt sein. Parteipolitisches Gezänk ist jedenfalls fehl am Platze.

Volkhard Wache

2. Rheinbrücke- eine unendliche Geschichte mit gutem Ende?

Seit vielen Jahren wird in der Südpfalz von der, wenn auch überwiegend schweigenden, Mehrheit eine zweite Rheinbrücke von der Pfalz nach Karlsruhe gefordert. Diese Forderung wird beiderseits des Rheins kontrovers diskutiert. Ein Ende der Diskussion ist derzeit nicht absehbar.



Wird eine zweite Rheinbrücke tatsächlich gebraucht? Diese Frage ist leicht zu beantworten: Ja, eine zweite Rheinbrücke ist zwingend erforderlich. Aber warum? Die Technologieregion Karlsruhe besteht, vereinfacht ausgedrückt, aus der Region Karlsruhe und der Südpfalz. Diese beiden

Gebiete haben eine einzige Verknüpfungsstelle, die bestehende Rheinbrücke. Eine Sperrung dieser Verknüpfungsstelle hätte weitreichende, nicht absehbare Folgen für die gesamte Technologieregion Karlsruhe. Der Fall der Vollsperrung kann praktisch jederzeit eintreten, sei es durch einen schweren Unfall auf der Rheinbrücke oder durch eine Schiffshavarie mit der Rheinbrücke. Eine weitere kritische Stelle ist der Wörther Trog. Auch dieser ist sanierungsbedürftig, auch dieser kann bei einem schweren Unfall mit Brand gesperrt werden müssen. Mit der 2. Rheinbrücke würde eine Verbindung bestehen, über die diese beiden Problemstellen umfahren werden könnten.

Für die Zukunft ist sicherzustellen, dass die Verknüpfung der Südpfalz mit der Region Karlsruhe immer Bestand hat und diese zu keinem Zeitpunkt unterbrochen wird. Dies ist nur mit einer zweiten Rheinbrücke zu erreichen. Alle bisherigen Diskussionsvorschläge, wie z.B. Ersatzbrückenlösung, vernachlässigen diesen Punkt in unverantwortlicher Weise.

Was ist in den letzten 15 Jahren auf Pfälzer Seite geschehen? Im Jahr 1999 wurde eine Machbarkeitsstudie mit verschiedenen Varianten, wie Parallelbrücke bzw. Nordbrücke, durchgeführt. Darauf aufbauend erfolgte eine Umweltverträglichkeitsstudie, die im Jahr 2005 vorgelegt wurde. Dieser folgte im gleichen Jahr die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens. Das Raumordnungsverfahren endete im Jahr 2006 mit dem raumordnerischen Entscheid für die zweite Rheinbrücke als Nordbrücke.

Daraufhin wurde weiter geplant. Das Linienbestimmungsverfahren endete mit der

Zustimmung des Bundes zur vorgelegten Planung.

Das Planfeststellungsverfahren wurde dann im Jahr 2011 mit der Planoffenlage begonnen. Aufgrund eingegangener Einwendungen mussten Nachuntersuchungen durchgeführt werden, sodass der Erörterungstermin erst im Juli dieses Jahres stattfinden konnte. Das Planfeststellungsverfahren mit Planoffenlage und Erörterungstermin erfolgte zeitgleich mit dem Land Baden-Württemberg.



In den Erörterungsterminen wurde der massive Widerstand der Umweltverbände als auch der Stadt Karlsruhe gegen die vorliegende Planung deutlich. Von den Umweltverbänden war eigentlich nichts anderes zu erwarten. Diese beharren auf ihren Vorstellungen. Kompromissbereitschaft ist für diese ein Fremdwort und die Bereitschaft, eine gemeinsame Lösung zu finden, geht gegen Null. Nicht zu verstehen ist die Stadt Karlsruhe, insbesondere die im Stadtrat vertretenen Parteien, die die 2. Rheinbrücke ablehnen und leider über die Mehrheit verfügen. Haben diese immer noch nicht begriffen, dass die Stadt Karlsruhe keine Insel ist, sondern das Zentrum der Technologieregion Karlsruhe? Verstehen diese nicht, dass die Stadt Karlsruhe die Region (und damit auch die Südpfalz) genau so braucht, wie die Region die Stadt Karlsruhe? Alle haben es begriffen und verstanden: Der Landkreis Karlsruhe, der Regionalverband, die Gemeinden der Südpfalz, der Landkreis Germersheim und die Wirtschaft beiderseits des Rheins, nur die Mehrheit im Karlsruher Stadtrat nicht.

Wie geht es mit der Planfeststellung nun weiter? Nun muss von den Planfeststellungsbehörden in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg aufgrund der Erörterungstermine geprüft werden, ob und wenn ja in welchem Umfang noch Nachuntersuchungen durchzuführen sind. Es muss davon ausgegangen werden, dass dies der Fall sein wird. Die Ergebnisse sind dann in die Verfahren einzubringen. Derzeit muss vermutet werden, dass mit den Planfeststellungsbeschlüssen frühestens in zwei Jahren gerechnet werden kann.

Heute können wir nur hoffen, dass die beiden Planfeststellungsbehörden ihre Arbeit zügig machen und schnellstmöglich die Planfeststellungsbeschlüsse fassen. Dann ist zu hoffen, dass durch die zu erwartenden Klagen keine allzu große Verzögerungen bis zum Baubeginn eintreten. Wir fordern alle, insbesondere die Politik, auf, für eine baldige Realisierung der 2. Rheinbrücke zu sorgen. Die 2. Rheinbrücke ist für die Region, die Menschen und die Wirtschaft unverzichtbar.

Dieter Bauer

THOMAS HITSCHLER

Der Bundestagsabgeordnete für die Südpfalz



Thomas Hitschler, Bundestagskandidat der südpfälzischen SPD, im Interview mit Sabrina Welker

Sabrina:

Was hat dich dazu bewogen, politisch aktiv zu werden? Gab es einen bestimmten Anlass oder eine wichtige Erfahrung in deinem Leben?

Thomas:

Die ersten Erfahrungen habe ich in der Schulzeit gesammelt. Ich war in der Schülervertretung aktiv und habe mich über Situationen aufgeregt, die anders hätten verlaufen sollen bzw. die nicht so gut gelaufen sind. Außerdem hat es mir Spaß gemacht, mich einzumischen. Gerade das Einmischen und Aufregen hat mir gezeigt, dass man nur durch das aktive Einbringen auch Änderungen herbeiführen kann.

Diese Erfahrungen haben mich der Politik näher gebracht. Ich komme aus einer sozial-demokratischen Familie und aufgrund der Themen und der politischen Positionen war für mich klar, in welche Richtung ich gehen werde. Ich wurde SPD-Mitglied und engagierte mich im Ortsverein. Später wurde ich Kassierer im Kreisverband, Unterbezirksvorsitzender und nun bin ich Bundestagskandidat.

Sabrina:

Was wärest du geworden, wenn du politisch nicht aktiv geworden wärest?

Thomas:

Derzeit arbeite ich noch im öffentlichen Dienst des Landes Rheinland Pfalz bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt. Als Kind träumte ich davon, wie viele andere auch, Feuerwehrmann oder Profifußballer zu werden. Neben Politik habe ich auch Wirtschafts- und Sozialgeschichte studiert und hätte mir auch vorstellen können, beruflich in diese Richtung zu gehen.

Sabrina:

Welche Auswirkungen hat deine Kandidatur derzeit auf dein Privatleben?

Thomas:

Mein Privatleben findet im Moment leider sehr verkürzt statt. Meine Freundin sehe ich momentan eher abends und gelegentlich am Wochenende.

Sabrina:

Welche privaten Voraussetzungen muss deiner Meinung nach ein Politiker neben seinen fachlichen Voraussetzungen mitbringen?

Thomas:

Man muss Menschen mögen. Nur dann sollte man überhaupt in die Politik gehen. Menschen zu mögen, bedeutet für mich, sich nicht vor menschlichen Kontakten zu scheuen, den Umgang mit Menschen zu suchen und sich mit ihnen zu unter-

halten. Dies ist wichtig, denn die Politik setzt voraus, gesellschaftliche Bereiche zu beeinflussen und zu formen und wer Menschen nicht mag, kann nur schwer gesellschaftliche Grundbedingungen und Voraussetzungen schaffen.

Sabrina:

Welches sind deine politischen Vorbilder und aus welchen Grund?

Thomas:

Kurt Beck, weil er wie kein anderer nah an den Menschen dran war. Ich hatte bei ihm nicht nur den Eindruck, sondern sah immer wieder den Beweis erbracht, dass er Politik im Sinne der Menschen macht. Dabei hat er sehr viel von sich selbst zurückgestellt, um die Interessen der Menschen zu berücksichtigen und in diesem Sinne Politik zu gestalten. Er hatte selten einen freien Tag, hatte immer Sprechstunden und war jederzeit für die Menschen da. Das hat mich wahrhaft beeindruckt.

Mein Vorbild unter den Bundestagsabgeordneten ist Willy Brandt. Er war ein Politiker, den vermutlich viele Sozialdemokraten als Vorbild sehen. Willy Brandt ist eines meiner größten Vorbilder, weil ich meine Magisterarbeit über seinen Wahlkampf 1972 geschrieben habe und er eine Persönlichkeit in der deutschen Geschichte war, die auf friedlichem Wege positive Veränderungen für das Land herbeigeführt hat.

Sabrina:

Bist du der Meinung, dass du deiner Partei auch dann nach außen Unterstützung schuldest, wenn du persönlich eine andere Meinung vertrittst?

Thomas:

Nicht in allen Fällen. Wenn politische Glaubensgrundsätze betroffen sind, dann nicht. In diesem Falle würde ich meine eigene Meinung vertreten. Wenn sich die Partei in einem demokratischen Verfahren oder ähnlichem auf einen gemeinsamen Weg geeinigt hat, meine ich, dass unsere Aufgabe darin besteht, unsere Partei durch Zusammenhalt zu stärken. Außer es widerspricht meiner grundsätzlichen politischen Einstellung.

Sabrina:

Mal angenommen, wir würden uns in einem Jahr wieder unterhalten, was würdest du mir berichten, was du verändert bzw. verbessert hast?

Thomas:

Im Falle einer rot-grünen Regierung haben wir hoffentlich vieles bereits angepackt, was verbessert werden sollte und müsste. Beispielsweise, dass wir uns für gute Arbeit einsetzen, dass die Menschen wieder von ihrer Arbeit leben können und weniger Menschen einen Zweitjob brauchen, die Energiewende ein gutes Stück weiter gekommen ist etc.

Sabrina:

Was wünschst du dir von den Wählern?

Thomas:

Dass sie mit mir ins Gespräch kommen. Aber vor allem, dass sie wählen gehen. Dabei sage ich nicht, dass sie die SPD wählen sollen, das entscheidet jeder selbst, aber dass sie zur Wahl gehen.

Eure Sabrina Welker



150 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die älteste demokratische Partei kann stolz auf ihre Geschichte sein. Von Ferdinand Lasalle 1863 gegründet, unter Bismarck verboten, war sie schon 1890 die stärkste Wählerpartei, beschloss 1918 das Frauenwahlrecht und stellte 1919 mit Friedrich Ebert den ersten Reichspräsidenten. 1933 stemmte sie sich gegen das Ermächtigungsgesetz, das Hitler und den Nationalsozialisten zur Macht verhalf. 12 Jahre Unterdrückung folgten.

Unter Kurt Schumacher formierte sich die SPD in den drei Westzonen neu. Am Grundgesetz der Bundesrepublik hat sie maßgeblich mitgewirkt, allen voran Carlo Schmid. Die sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt ergänzte die Westintegration durch eine neue Ostpolitik. 1974 wurde nach dem Rücktritt von Willy Brandt Helmut Schmidt Bundeskanzler, eine bis heute hoch anerkannte Persönlichkeit. Gerhard Schröder hat als Bundeskanzler mit gesellschaftlichen Reformen, vor allem der Agenda 2010, die bis heute bei manchem Sozialdemokraten Wunden hinterlassen hat, für eine gesunde Wirtschaft gesorgt. Wenn die jetzige Regierung dies sich zuschreibt, verdreht sie die Tatsachen.

Es lohnt sich, statt „Mutti“ die alte, aber trotzdem innovative Tante SPD zu wählen

Volkhard Wache



Die Turn- und Festhalle an der Grundschule: Sanierung und Ausbau oder Neubau an einem anderen Ort?

Wieder steht Rheinzabern vor einer großen Entscheidung: Soll die alte Turn- und Festhalle aufwändig saniert und technisch zur Veranstaltungshalle umgebaut werden oder ist es sinnvoller, die Turnhalle weitgehend nur noch dem Sport zu widmen und eine moderne Veranstaltungshalle an einem neuen Ort zu bauen?



Vielleicht zuerst ein Blick zurück in die Geschichte: Die Turn- und Festhalle in Rheinzabern wurde wohl in den frühen Sechzigern erstellt, Rheinzabern war landwirtschaftlich geprägt, Daimler in Wörth erst ein kleiner Stern am Horizont und die Ziegeleien in Jockgrim und bei uns noch entscheidende Arbeitgeber.

Ein Bürgermeister mit Mut und Visionen plante damals eine neue Turn- und Festhalle, eine Grundschule und mehrere neue Wohngebiete. Die gemischte Nutzung entsprach den damaligen Ansprüchen und Möglichkeiten.

Herr Schellenberger zeigte in den Jahren des Wirtschaftswunders Mut, er und seine Mitstreiter haben in entscheidender Weise die Zukunft Rheinzaberns ge-

prägt.

Heute hat Rheinzabern doppelt so viele Einwohner und ist nach wie vor eine Gemeinde mit Zuzug, was dank IGS, Stadtbahn oder Kitaplätzen auch weiterhin so bleiben wird.



Die Argumentationen für und wider sind vielschichtig, letztendlich geht es aber um eine zukunftssichere Entscheidung, die für die nächsten 50 Jahre Geltung haben soll. Da kann der möglicherweise günstigere Kostenaufwand der Sanierung nicht als Totschlagargument gegen einen Neubau bestehen, wie derzeit von dem schwarz-grün-gelben Ratsbündnis dargestellt. Aber auch die Kostenseite darf bezweifelt werden. Weil Geld für eine falsche Entscheidung auszugeben, ist letztlich immer zu teuer.

Ansonsten spricht nämlich alles für einen Neubau, einige Argumente führe ich gerne auf:

Akustik, Bühne und Veranstaltungstechnik sind von Anfang an Bestandteil einer baulichen Planung und weisen dann auch ein vernünftiges Ergebnis auf. Der Einbau dieser Technik in die Turnhalle kostet eher mehr und das bei wesentlich schlechterem Ergebnis. Man kann eben aus einer Turnhalle keinen Konzertsaal machen.

Der jetzige Standort kann jederzeit, wie leider auch in Kandel geschehen, beklagt und für Veranstaltungen zeitlich stark begrenzt werden. Die Stadt Kandel ist vor Gericht unterlegen und mit all ihren Faschingsveranstaltungen auf die neue Halle am Schulzentrum ausgewichen. Was würde Rheinzabern im Falle einer Nutzungseinschränkung machen?

Der Musikverein spielt seit vielen Jahren in Rheinzabern, er bildet viele unserer Jugendlichen aus und sorgt mit seinen Konzerten und Festen dafür, dass das kulturelle Leben als reich bezeichnet werden darf. Wäre es da nicht nun auch mal an der Zeit, für diesen Verein und damit für alle Bürgerinnen und Bürger eine geeignete Festhalle zu haben?

Eine moderne Festhalle mit variabler Raumkonzeption ist gefragt. Sie zieht Veranstaltungen und Feiern an und steht Schulen, Vereinen und Bürgern zur Verfügung. Die Turnhalle ist zwischenzeitlich unattraktiv und deutlich in die Jahre gekommen.

Wenn Veranstaltungen in der Halle sind, fällt der Schulsport regelmäßig aus. Dies war in den Sechzigern normal und hinnehmbar, heute gelten andere Maßstäbe. Und auch der Boden ist für Schulsport ungeeignet. Wie soll das nach einem Umbau werden? Dort, wo man gut tanzen kann, ist es für Sport eigentlich zu rutschig und dies führt zu Verletzungen.

Rheinzabern ist in der glücklichen Lage nicht nur einen, sondern gleich mehrere

mögliche Standorte für eine neue Veranstaltungshalle darstellen zu können, hier könnte man ergebnisoffen diskutieren und die Zukunft Rheinzaberns gestalten.

Die Argumente lassen sich beliebig fortführen, eigentlich verlangt ein solcher Bau eine Beteiligung aller Bürger und es wäre wünschenswert, wenn der Rat sich dem mehrheitlich anschließen würde.

Kurz gesagt ist es so:

Die Turn- und Festhalle zu sanieren, ist wie einen Oldtimer zu restaurieren. Er ist schön anzusehen, taugt zum Spazierenfahren.

Für den Alltagsgebrauch bleibt er aber genauso ungeeignet, wie die alte Konzeption der Turn- und Festhalle, also nicht Fisch und nicht Fleisch.

Joachim Schmitt

Ehrenveranstaltung des SPD-Gemeindeverbandes Jockgrim

In einer würdevollen Veranstaltung ehrte der SPD-Gemeindeverband Jockgrim seine langjährigen SPD-Mitglieder am Samstag, den 6. Juli 2013, im Ziegeleimuseum in Jockgrim. Zusammen mit dem SPD-Finanzminister Dr. Carsten Kühl, der Landtagsabgeordneten Barbara Schleicher-Rothmund, Verbandsbürgermeister Uwe Schwind, Bürgermeister Jörg Scherer, dem Bundestagskandidaten und Unterbezirkvorsitzenden Thomas Hitschler und den Vorsitzenden der SPD-Ortvereine wurde den langjährigen SPD-Mitgliedern Dank für viele Jahre soziales Engagement in Partei und Politik zuteil. Für den musikalischen Rahmen sorgte Max Kirschhof.



Nach der Begrüßung durch Bernd Weber, dem Vorsitzenden des SPD-Gemeindeverbandes Jockgrim, übernahm Barbara Schleicher-Rothmund die Moderation der Ehrenveranstaltung. Mit einem Grußwort folgten Bürgermeister Jörg Scherer und Verbandsbürgermeister Uwe Schwind. In seiner Festrede unterstrich Dr. Carsten Kühl die Wichtigkeit des sozialen Miteinanders.

Die Vorstellung der zu Ehrenden wurden durch Monika Segel, OV Jockgrim, Bernd Weber, OV Rheinzabern, Hubert Eichenlaub, OV Hatzenbühl, und Markus Nuber für den OV Neupotz vorgenommen. Danach erfolgte die Überreichung der

Urkunden gemeinsam mit Dr. Carsten Kühl und Barbara Schleicher-Rothmund. Für ihre Verdienste wurden folgende SPD-Mitglieder geehrt: 10 Jahre: Tanja Eichenlaub, Reiner Glögger, Elmar Kaufmann, Peter Schwarz, Rainer Müller, 25 Jahre: Doris Glögger, 30 Jahre: Hedwig Pfeffer, Manuel Podadera, Helmuth Eisenheimer, 40 Jahre: Erich Keiber, 50 Jahre: Josef Giglberger, 60 Jahre: Gerhard Mölders (posthume Ehrung), Sonderehrungen: Manfred Schuhmacher und Dr. Manfred Michel.

Bernd Weber

Eine Initiative von Bürgern und Künstlern aus der Südpfalz für die 2. Rheinbrücke

Mitglieder unseres Ortsvereins sind an dieser Initiative beteiligt. Ich denke, dass der „Rote Ton“ auch für dieses Thema der richtige Ort ist. Rheinzabern liegt nahe an Karlsruhe und wäre von einem Ausfall der bestehenden Rheinbrücke unmittelbar betroffen. Viele Rheinzaberner Pendler fahren fast täglich über die Brücke.

Nun zur Initiative:

Der in der Südpfalz bekannte Künstler Jochen Wingerter hat als Joe Schorlé das Lied „Rheibrück“ komponiert. Bei einem gemütlichen Abend in Rheinzabern hat mir Joe Schorlé von dem Lied erzählt. Dadurch kam die Idee zustande, das Lied als Statement eines Künstlers

zu veröffentlichen, der von der Verkehrsproblematik selbst betroffen ist.

Da ich selbst Pendler und Mitglied der SPD bin, hatte ich die Idee, dass die politische Seite und weitere Künstler das Projekt unterstützen könnten. Es wurde eine vom SPD-Kreisverband Germersheim gesponserte CD in einer Erstauflage von 2.000 Stück produziert. Auf ihr ist das Stück „Rheibrück“ von Joe Schorlé als Radio-, Dance- und Karaoke-Version enthalten. Zudem enthält die CD Statements von Politikern, den Betriebsratsvorsitzenden des Daimler-Werks in Wörth und der Miro in Karlsruhe, von Bürgern und dem Künstler selbst.

Für das Artwork konnte der bekannte Künstler Armin Hott aus Kandel gewonnen werden. Joe Schorlé wird für den Song ein Video auf YouTube veröffentlichen.

Für die Initiative wurde eine Facebook-Seite unter **www.facebook.com/pro.rheinbruecke** sowie ein Blog unter **www.rheinbruecke.blogspot.de** eingerichtet. Hier werden regelmäßig aktuelle Informationen zur zweiten Rheinbrücke veröffentlicht. Das ganze wird fachlich von Dieter Bauer, dem Gründer der

„Bürgerinitiative für eine zweite Rheinbrücke“, unterstützt.

Mit diesem Projekt soll nochmals nachdrücklich und auf anderem Wege deutlich gemacht werden, wie wichtig die zweite Rheinbrücke für unsere Region ist. Besonders die Statements auf der CD machen dies deutlich. Wer sich für die CD interessiert, kann sich gerne bei mir unter kropfreiter@web.de melden. Die CD wird ab dem 09.09.2013 kostenlos erhältlich sein.



www.facebook.com/pro.rheinbruecke oder www.rheinbruecke.blogspot.de

Markus Kropfreiter

Erfolgreiches SPD Sommerfest 2013 in Rheinzabern

Viele Gäste und das gute Wetter sorgten auch dieses Jahr wieder für den Erfolg unseres SPD-Sommerfestes 2013 am 30. Juni auf dem Gelände des Kleintierzuchtvereins. Leider konnte unser Sommerfest wegen Sturmschäden nicht wie geplant auf dem Marktplatz in Rheinzabern durchgeführt werden.



Aber der als Alternativveranstaltungsort ausgewählte Kleintierzuchtverein erwies sich dann als Gewinn für das Sommerfest. Unter dem Motto „Freude am Leben, ob alt oder jung, mit unseren Kindern für unsere Kinder“ erlebten alle einen schönen Tag. Im „Einsatz für den guten Zweck“ wurden Paella, Bratwurst und Sommersalate serviert und mit Spielen und Aktionen die Kinder

begeistert.

Unser Dank geht an alle, die dazu beitrugen, dieses Sommerfest zu gestalten, und insbesondere an unseren DRK-Ortsverein für seinen Einsatz.

Wir, die Mitglieder vom SPD-Ortsverein Rheinzabern, bedanken uns hiermit bei allen Gästen, denn alle, auch jene, die über Parteigrenzen hinweg soziale Kompetenz bewiesen haben, sind daran beteiligt, dass der Reinerlös als Spende überreicht werden kann. Ein kleiner Trost für alle, die dieses Jahr nicht teilnehmen konnten: Wir werden es im nächsten Jahr wiederholen.

Bernd Weber

mach mit bei den roten Römern



www.spd-rheinzabern.de
www.facebook.com/SPD.Rheinzabern



Herausgeber „roter Ton“ SPD-Ortsverein Rheinzabern
Redaktion: Barbara Schleicher-Rothmund, Bernd Weber, Sabrina Welker, Markus Kropfreiter,
Verantwortlich für Layout und Druck: Bernd Weber
Für Anregungen und Verbesserungen sind wir jederzeit dankbar.